

Patientenverfügung : wie will man sich behandeln lassen im Fall von schwerer Krankheit

↳ macht man wenn man noch klar und deutlich sprechen kann

⇒ Bezogen auf eine irreversible Erkrankung (wenn man nicht von künstlichen Maßnahmen überleben will!)

⇒ Recht als Patient, das nicht zu wollen:

GG Art. 1 → Würde

GG Art. 2 I

} Selbstbestimmungsrecht
Ausfluss des allg. Persönlichkeitsrecht

↳ ich darf selbstbestimmt entscheiden

Tötungsdelikte : Selbstmord $\hat{=}$ selbstbestimmte Entscheidung → keine Bestrafung!

Konflikt

: selbst darf ich mich töten, aber im Krankenhaus → schwierig

↳ bei Tötung eines Menschen auf Knopfdruck!

→ es ist verpflichtend, dass ein Arzt es machen muss!

(wenn aber ein Arzt im Gewissenskonflikt steht, dann muss ein anderer Arzt gesucht werden)

Bsp. : Mutter im Altersheim → künstliche Ernährung

ABER ~~die~~ Mutter wollte keine künstliche lebenserhaltende Maßnahme

↳ Tochter u. Freund (Rechtsanwalt) schneiden Ernährung durch

↳ Mutter stirbt nicht → Tochter u. Freund bestraft ⇒ Mutter stirbt später

BESTRAFUNG: VERSUCHTER TOTSCHLAG

⚡ Mord StGB § 211 ⚡

Totschlag StGB § 212

⚡ Tötung auf Verlangen StGB § 216 ⇒ Person sagt „Töte mich“ (ist also bei Bewusstsein)

§ 212 StGB [Totschlag]

⇒ VORSATZTAT i.V.m. StGB § 22

Tatbestand

Rechtfertigungsgründe

- StGB § 32 [Notwehr]

Schuld-fähigkeit

- StGB §§ 20, 21

MITTELBAR ≙ INDIREKT

UNMITTELBAR ≙ DIREKT

BGB § 1901a [Patientenverfügung]
≙ Rechtfertigungsgrund

BGB § 1901a [Patientenverfügung] ≙ Legaldefinition

> Abs. 1 : Legaldefinition

> Abs. 2 : Patientenverfügung muss nicht schriftlich sein!

Gericht:	BGH 2. Strafsenat	Quelle:	JURIS
Entscheidungsdatum:	25.06.2010	Normen:	§ 13 StGB, § 25 Abs 2 StGB, § 212 StGB, § 216 StGB, § 1901a BGB ... mehr
Aktenzeichen:	2 StR 454/09		
Dokumenttyp:	Urteil		

Gerechtfertigte Sterbehilfe durch Behandlungsabbruch

Leitsatz

1. Sterbehilfe durch Unterlassen, Begrenzen oder Beenden einer begonnenen medizinischen Behandlung (Behandlungsabbruch) ist gerechtfertigt, wenn dies dem tatsächlichen oder mutmaßlichen Patientenwillen entspricht (§ 1901a BGB) und dazu dient, einem ohne Behandlung zum Tode führenden Krankheitsprozess seinen Lauf zu lassen (Rn.22) (Rn.23) (Rn.24) (Rn.25).

2. Ein Behandlungsabbruch kann sowohl durch Unterlassen als auch durch aktives Tun vorgenommen werden (Rn.27) (Rn.28) (Rn.29) (Rn.30) (Rn.31).


3. Gezielte Eingriffe in das Leben eines Menschen, die nicht in einem Zusammenhang mit dem Abbruch einer medizinischen Behandlung stehen, sind einer Rechtfertigung durch Einwilligung nicht zugänglich (Rn.33) (Rn.35).

Orientierungssatz

Zitierung zu Leitsatz 2: Fortführung BGH, 13. September 1994, 1 StR 357/94, BGHSt 40, 257 (Rn.28).

Fundstellen

- ☞ BGHSt 55, 191-206 (Leitsatz und Gründe)
- ☞ NSW StGB § 212 (BGH-intern)
- ☞ NSW StGB § 216 (BGH-intern)
- ☞ NSW StGB § 13 (BGH-intern)
- ☞ NSW BGB § 1901a ff (BGH-intern)
- ☞ EBE/BGH 2010, 274-278 (Leitsatz und Gründe)
- ☞ PaPfleReQ 2010, 72-73 (Gründe)
- ☞ FamRZ 2010, 1551-1555 (Leitsatz und Gründe)
- ☞ PfIR 2010, 504-512 (Leitsatz und Gründe)



Gericht:	SG Freiburg (Breisgau) 9. Kammer	Quelle:	
Entscheidungsdatum:	15.12.2011	Normen:	<u>§ 86b Abs 2 S 2 SGG, § 61 Abs 1 S 2 Alt 3 SGB 12, § 61 Abs 5 SGB 12, § 53 SGB 12, §§ 53ff SGB 12 ... mehr</u>
Aktenzeichen:	S 9 SO 5771/11 ER		
Dokumenttyp:	Beschluss		

**Sozialgerichtliches Verfahren - einstweiliger
Rechtsschutz - Sozialhilfe - Antrag auf Leistungen
für eine Nachtwache zur Verhinderung
selbstgefährdenden Verhaltens - mögliche
Anspruchsgrundlagen - Anordnungsgrund -
Vermeidung eines schwerwiegenden
Grundrechtseingriffs - Folgenabwägung**

Orientierungssatz

1. Als **Rechtsgrundlage** für einen Anspruch auf Leistungen für eine **Nachtwache zur Verhinderung selbstgefährdenden Verhaltens** kommen sowohl § 61 Abs 1 S 2 Alt 3 SGB 12 als auch die §§ 53 ff SGB 12 in Betracht. (Rn.9)
2. Die **allnächtliche Fixierung** eines Pflegebedürftigen stellt einen **Eingriff in seine Grundrechte** dar, der nach Intensität, Häufigkeit und Dauer so **schwerwiegend** ist, dass ihm nicht zugemutet werden kann, ihn bis zur bestandskräftigen Entscheidung über seinen Antrag auf Leistungen für eine Nachtwache hinzunehmen. (Rn.10)
3. Die hohen **Kosten** für die Beschäftigung einer **Nachtwache** sind zur Vermeidung einer andernfalls erforderlichen, vom Pflegebedürftigen als zutiefst belastend empfundenen **allnächtlichen Fixierung** jedenfalls **nicht völlig unangemessen**. (Rn.11)
4. Az beim LSG: L 2 SO 72/12 ER-B

Fundstellen

-  BtPrax 2012, 35-36 (red. Leitsatz und Gründe)
-  PflR 2012, 314-317 (red. Leitsatz und Gründe)

weitere Fundstellen ...

Verfahrensgang

nachgehend Landessozialgericht Baden-Württemberg 2. Senat, 19. März 2012, Az: L 2 SO 72/12 ER-B, Beschluss

„Vertretung im Willen“

22.10.2018

↳ der Vertreter vertritt die zu vertretende Person

↳ Testamente kann man nicht machen

↳ der zu Vertretende darf ~~ist~~ nicht verheiratet werden

4-Augen-Prinzip: weitere Person, die mitbestimmen soll, soll einbezogen werden

↳ diese 2 müssen sich einig sein!

BGB § 1904 [Genehmigung des Betreuungsgerichts bei ärztlichen Maßnahmen]

↳ gerichtliche Genehmigung für gefährliche ärztliche Behandlung (Bsp.: OP's)

⇒ Kontrollinstanz, um Patienten nicht fahrlässig auszusetzen

Nochfall: mutmaßliche Einwilligung! (rechtsfertiger Notstand)

BGB § 1906 [Genehmigung des Betreuungsgerichts bei Freiheitsentziehender Unterbringung und bei Freiheitsentziehenden Maßnahmen]

Mechanische Vorrichtungen: durch Bettgitter etc., Gurte, Windelhosen, chemische Vorrichtungen: Sedierung

StGB § 239 [Freiheitsberaubung]

↳ Bewegungsfreiheit?

⇒ keine Fixierungen!

Fixierungen sind strafbar! Bsp.: Patient wird fixiert für Behandlung wenn ohne Behandlung stirbt → strafbar! ⚡

StGB § 32 [Notwehr]

↳ Notwehr des Arztes aufgrund von Schutz von Sachwerten?

StGB § 239 [Freiheitsberaubung] → Tötungsgefahr? ⇒ Strafe, es sei denn, rechtfertigender Grund ist gegeben? z.B. StGB § 32

StGB § 34 [Rechtfertigender Notstand]

↳ mutmaßliche Einwilligung

• muss ich Patienten festbinden? oder gibts eine weniger freiheitsberaubende Möglichkeit? → wichtige Frage

• **StPO § 153** [Absehen von der Verfolgung bei Geringfügigkeit]

↳ Voraussetzung: Schuld des Täters gering, kein öffentl. Aufsehen!

sehr wahrscheinlich: beim 1. Mal wird Verfahren eingestellt

abhängig von Umwelt

ZIVILRECHTLICH

• **BGB § 823** [Schadensersatzpflicht]

↳ Bsp.: Arztbehandlungen, Schmerzensgeld

→ Schmerzensgeld ist auf jeden Fall drin (auch wenn nicht körperlich!)

> **BGB § 253** Abs. 2 [Immaterieller Schaden]

> **BGB § 197** [Dreißigjährige Verjährungsfrist]

↳ es verjährt nach 30 Jahren

Bsp.: Entführung

↓
Schadensersatz

↓
Täter ~~to~~ bringt sich um

WAS DANN??

⇒ **OEG § 1** [Anspruch auf Versorgung]

⇒ wichtige Fragen: (1) gibt es Alternativen?

(2) für welchen Zweck?

(3) was macht das mit dem Patienten?

Fälle zur gesetzlichen Erbfolge**Fall 1**

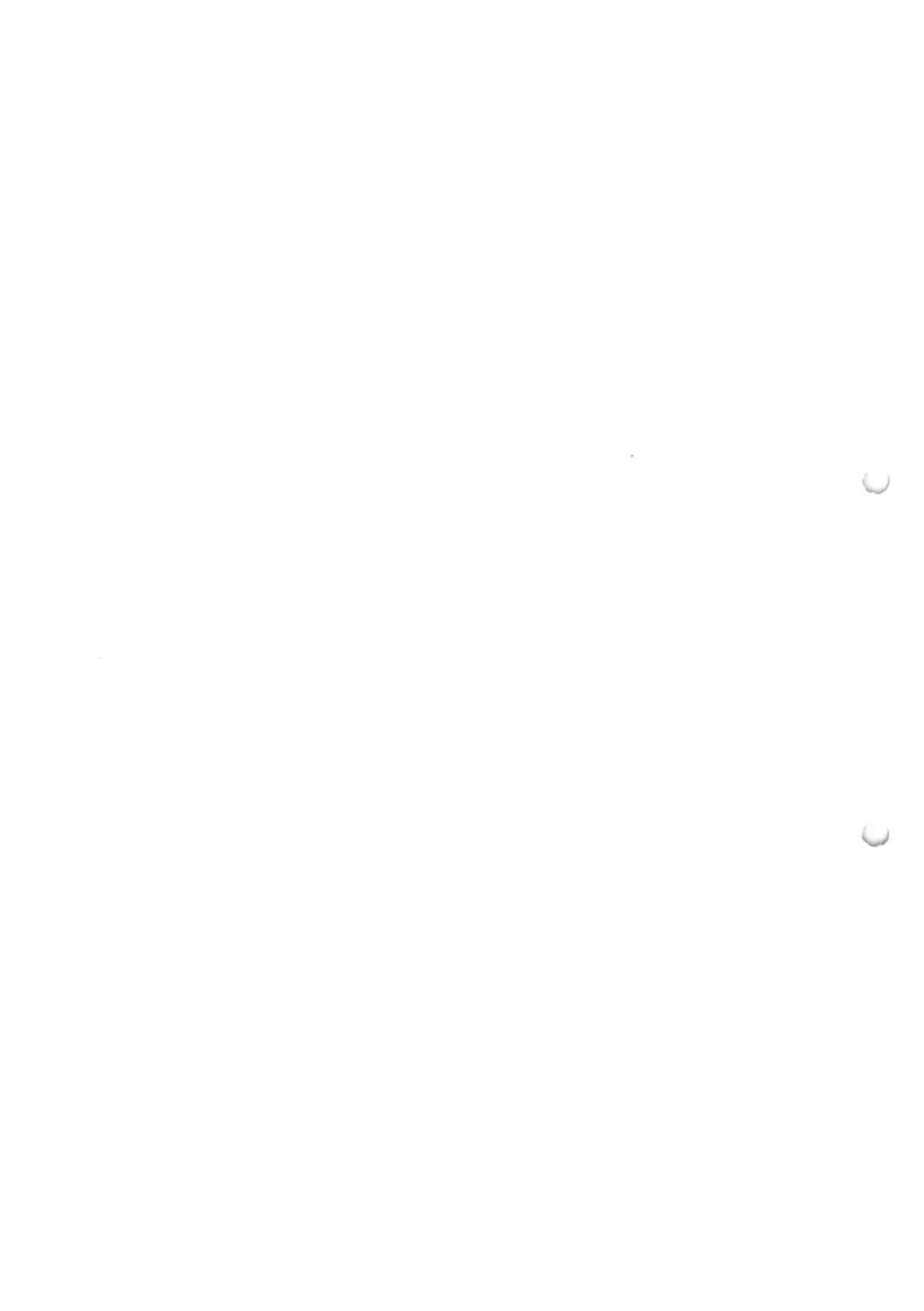
Von den vier Kindern des Erblassers lebt zur Zeit des Erbfalls nur noch der Sohn K1. K2, K3 und K4 sind verstorben. Von den Enkeln des Erblassers leben noch E1 (Sohn des K1), E2 und E3 (Söhne des K2) und E5 (Sohn des K3), sowie E4 (der 2. Sohn des K3) unter Hinterlassung von 2 Kindern (U1 und U2) verstorben ist. K4 war kinderlos. Außerdem leben noch 2 Brüder (B1 und B2).

Wie ist die gesetzliche Erbfolge?

Fall 2

Erblasser E hinterlässt seine Ehefrau F, seine Kinder K1 und K2. Außerdem leben sein Bruder B und die Eltern M und V. Die Eheleute lebten im gesetzlichen Güterstand. Testament war keines vorhanden.

Wer ist Erbe?



368 § 1922 [Gesamtrechtsnachfolge]

↳ auf eine od. mehrere über!

BGB § 1924 Gesetzliche Erben erster Ordnung

BGB § 1925 Gesetzliche Erben zweiter Ordnung

36B § 1926 Gesetzliche Erben dritter Ordnung *selten der Fall*

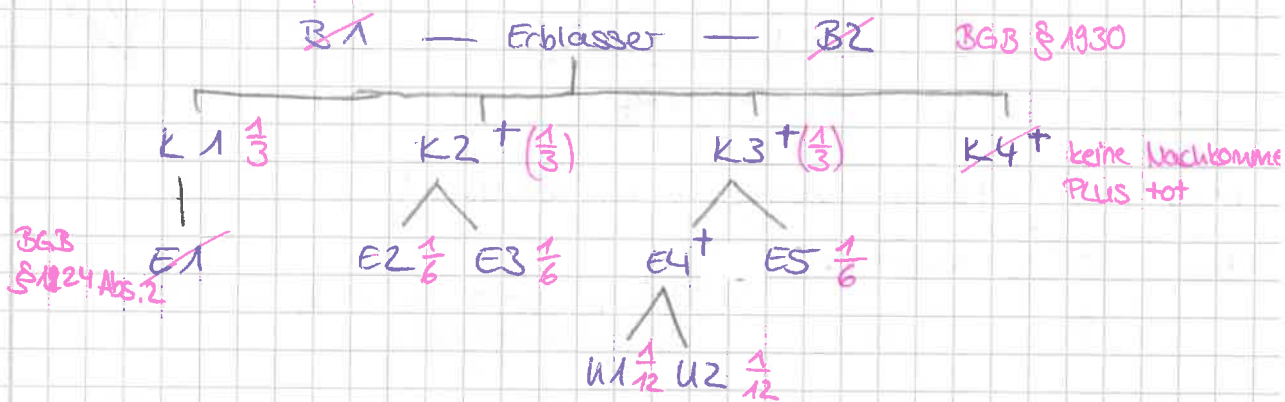
BGB § 1930 [Rangfolge der Ordnungen]

→ 1. Ordnung: Kinder ($\hat{=}$ Abkömmling) vom Erblasser

2. Ordnung: Eltern u. ~~dessen~~ Geschwister vom Erblasser

3. Ordnung: Großeltern des Erblassers (und von denen die Kinder
→ Eltern Erblasser)

FALL 1 zur gesetzlichen Erbfolge



⇒ gesetzliche Erbfolge:

- Brüder B1 & B2 bekommen nach BGB § 1930 nichts (außer wenn im Testament)

• Erblasser: 1/3 KL

$\frac{1}{3} K 2 \rightarrow$ davon Hälfte E2 u. Hälfte E3 $\Rightarrow \frac{1}{6} : E2, E3$

$$\frac{1}{3} K3 \rightarrow E5: \frac{1}{6}, E4 \text{ gedanklich } \frac{1}{6} \rightarrow U1+U2: \frac{1}{12}$$

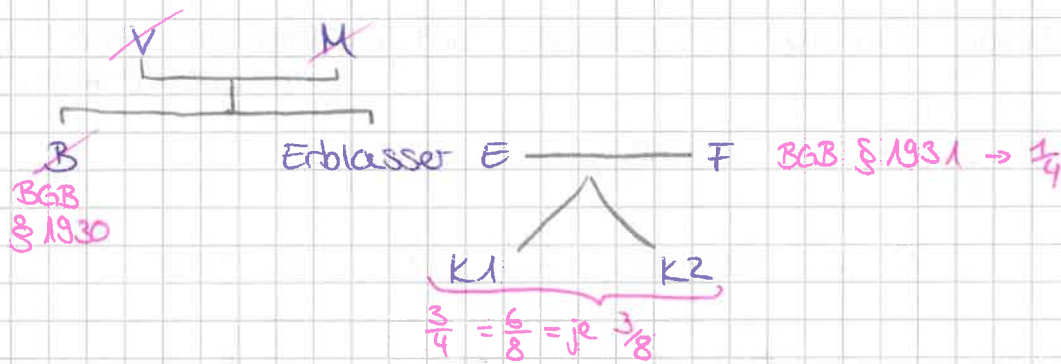
0 K4 \rightarrow die ganze Linie K4 fällt aus (weil tot u. keine Nachkommen)

- Betrag von Erblasser wird auf Kinder aufgeteilt. HIER: nur durch 3 teilen (weil K4 ja tot und keine Nachkommen; K2 + K3 zwar

auch tot, ABER Nachkommen vorhanden.

- Nach BGB § 1924 bekommt E1 nichts (K1 lebt ja noch!).
- Da K2 tot, wird werden die $\frac{1}{3}$ durch 2 geteilt (weil ja 2 Enkel vorhanden). D.h. beide bekommen $\frac{1}{6}$.
- Da K3 tot, werden die $\frac{1}{3}$ durch 2 geteilt (weil ja auch hier 2 Enkel). ABER E4 ist auch tot, hat aber 2 Urenkel. Deshalb werden die $\frac{1}{6}$ auf U1 und U2 aufgeteilt. D.h. U1 und U2 bekommen je $\frac{1}{12}$.

FALL 2 zu gesetzlichen Erbfolge



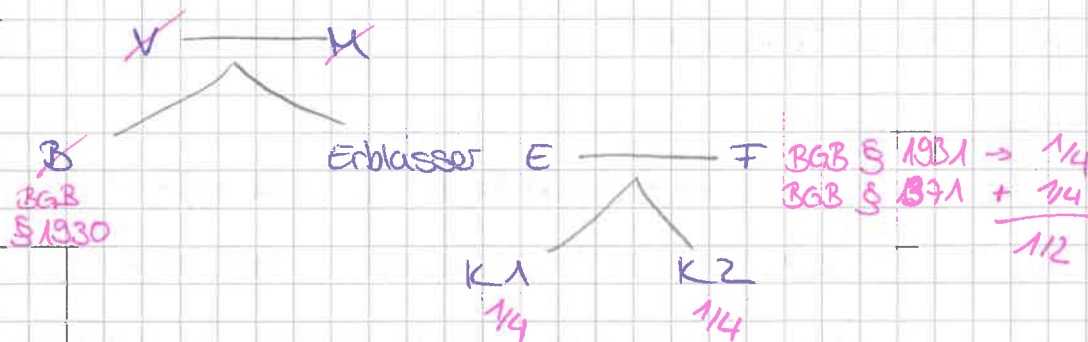
Zugewinnsgemeinschaft bei Scheidung

Bsp: ♂ : 100.000€
♀ : 0 €

> Differenz: $\frac{50.000€}{\text{Zugewinnausgleich}} \Rightarrow \text{je } 50.000€$

BGB § 1371 [Zugewinnausgleich im Todesfall]

DESHALB:



BGB § 1931 [Gesetzliches Erbrecht des Ehegatten]

↳ $\frac{1}{4}$ wenn mehrere Kinder!

BGB § 2303 [Pflichtteilsberechtigte; Höhe des Pflichtteils]

BGB § 1371 [Zugewinnausgleich im Todesfall]

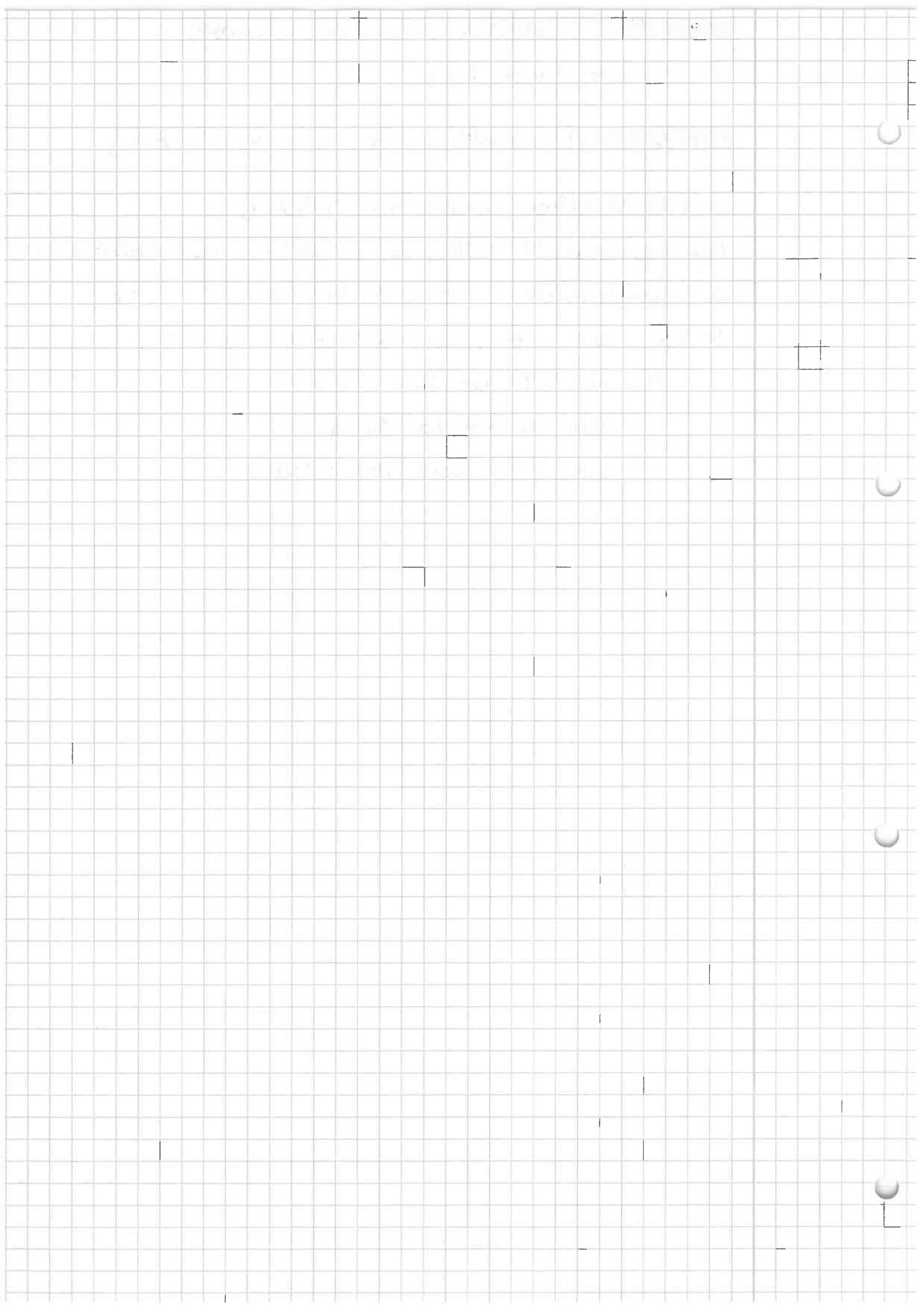
- Zugewinnngemeinschaft : alles, was während Ehe erwirtschaftet wird
 - Gütergemeinschaft : alles gehört den Eheleuten zur Hälfte
- ↳ Bsp.: Mann stirbt, Frau: $\frac{1}{2}$ behält, ja sowieso Hälfte

D.h. nur Hälfte von Mann wird vererbt

↳ Frau bekommt nur $\frac{1}{4}$ davon

↳ unter Kindern wird Rest aufgeteilt





Pflege wird angerechnet

Eine pflegebedürftige Mutter wird von ihrer berufstätigen Tochter betreut, der Sohn kümmert sich nicht. Die Mutter hat kein Testament gemacht. Nach altem Recht fällt der Nachlass von 200000 Euro je zur Hälfte an die Kinder. Die Pflegeleistung (Wert 50000 Euro) wird nicht berücksichtigt, da die Tochter ihren Job nicht aufgegeben hatte. Künftig wird zunächst der Wert der Pflegeleistung vom Nachlass abgezogen und der Tochter zugeschlagen. Der Rest wird unter den Geschwistern geteilt, die Tochter erhält insgesamt also 125000 Euro.

§ 2057a

Ausgleichungspflicht bei besonderen Leistungen eines Abkömmlings(1) Ein Abkömmling, der durch Mitarbeit im Haushalt, Beruf oder Geschäft des Erblassers während längerer Zeit, durch erhebliche Geldleistungen oder in anderer Weise in besonderem Maße dazu beigetragen hat, dass das Vermögen des Erblassers erhalten oder vermehrt wurde, kann bei der Auseinandersetzung eine Ausgleichung unter den Abkömmlingen verlangen, die mit ihm als gesetzliche Erben zur Erbfolge gelangen; § 2052 gilt entsprechend. Dies gilt auch für einen Abkömmling, der den Erblasser während längerer Zeit gepflegt hat.

(2) Eine Ausgleichung kann nicht verlangt werden, wenn für die Leistungen ein angemessenes Entgelt gewährt oder vereinbart worden ist oder soweit dem Abkömmling wegen seiner Leistungen ein Anspruch aus anderem Rechtsgrund zusteht. Der Ausgleichungspflicht steht es nicht entgegen, wenn die Leistungen nach den §§ 1619, 1620 erbracht worden sind.

(3) Die Ausgleichung ist so zu bemessen, wie es mit Rücksicht auf die Dauer und den Umfang der Leistungen und auf den Wert des Nachlasses der Billigkeit entspricht.

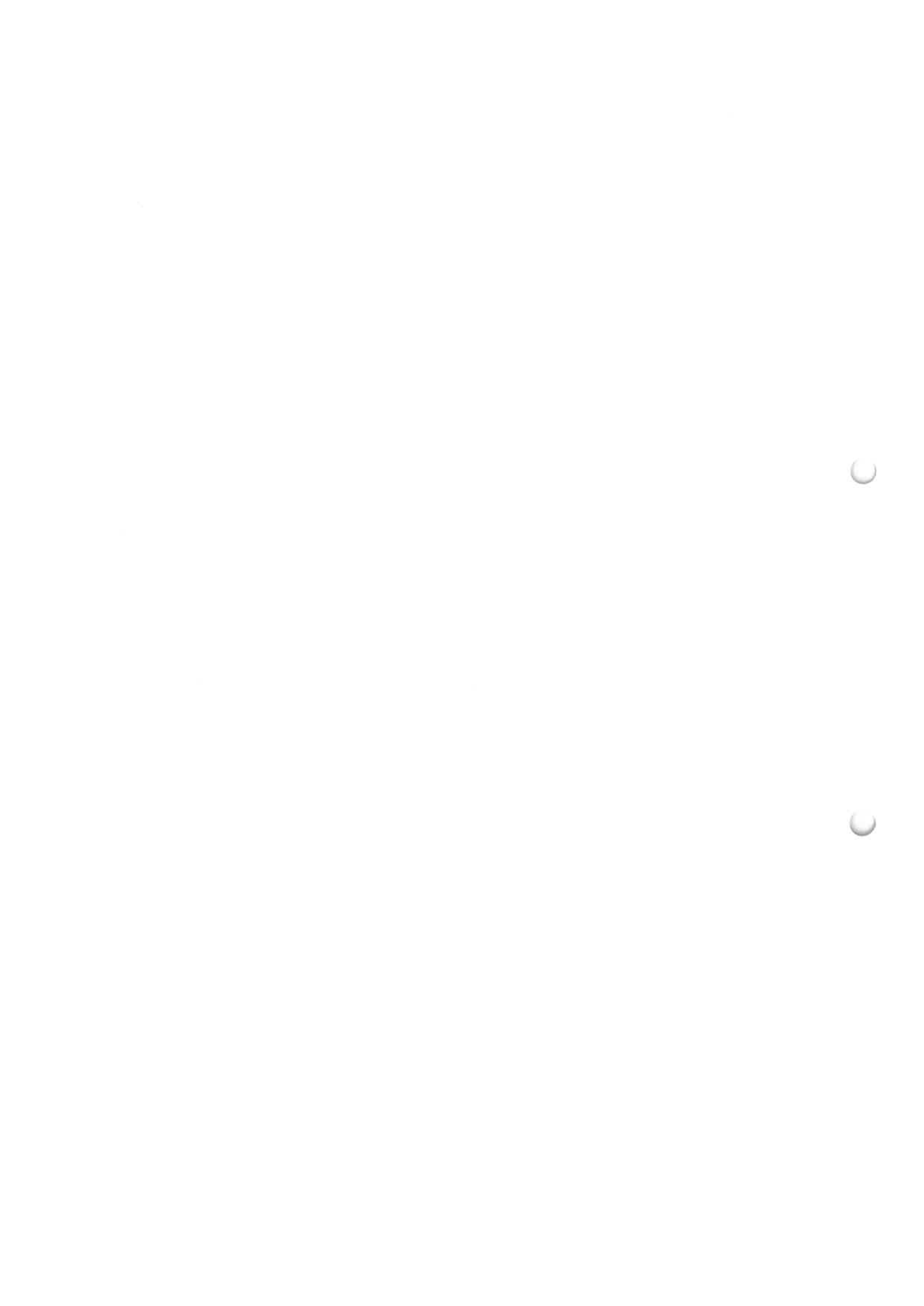
(4) Bei der Auseinandersetzung wird der Ausgleichungsbetrag dem Erbteil des ausgleichungsberechtigten Miterben hinzugerechnet. Sämtliche Ausgleichungsbeträge werden vom Werte des Nachlasses abgezogen, soweit dieser den Miterben zukommt, unter denen die Ausgleichung stattfindet.



Fassung aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Erb- und Verjährungsrechts vom 24.9.2009 (BGBl. I S. 3142) m.W.v. 1.1.10.



Ausgehend von dem so ermittelten Geschäftswert sollen als Überblick folgende Kostenbeispiele dienen, wobei zu den nachfolgenden Gebühren noch je nach Aufwand Schreibauslagen, Telefon- und Portokosten, die Kosten für die Registrierung beim Zentralen Testamentsregister (z. Zt. 15 Euro) sowie die Umsatzsteuer und evtl. im Einzelfall zusätzlich entstehende besondere Gebühren, zum Beispiel für eine Beurkundung im Hause des Testierenden, hinzukommen:

Geschäftswert	Einzeltestament	Gemeinschaftl. Testament
5.000 Euro	45 Euro	90 Euro
10.000 Euro	75 Euro	150 Euro
50.000 Euro	165 Euro	330 Euro
100.000 Euro	273 Euro	546 Euro
200.000 Euro	435 Euro	870 Euro
500.000 Euro	935 Euro	1.870 Euro



Gericht:	BGH 4. Zivilsenat	Quelle:	
Entscheidungsdatum:	19.01.2011	Normen:	<u>§ 138 Abs 1 BGB, § 2346 Abs 2 BGB</u>
Aktenzeichen:	IV ZR 7/10	Zitiervorschlag:	BGH, Urteil vom 19. Januar 2011 – IV ZR 7/10 –, BGHZ 188, 96-109 
Dokumenttyp:	Urteil		

Pflichtteilsverzicht eines behinderten Sozialleistungsbeziehers

Leitsatz

Der Pflichtteilsverzicht eines behinderten Sozialleistungsbeziehers ist grundsätzlich nicht sittenwidrig (Rn.12)(Rn.13).

Tatbestand

Der klagende Sozialhilfeträger verlangt aus übergeleitetem Pflichtteilsanspruch im Wege der Stufenklage vom Beklagten als Alleinerben seiner Ehefrau die Ermittlung des Werts eines zum Nachlass gehörenden Hausanwesens und Zahlung eines entsprechenden Betrags.

Zu Recht hat das Oberlandesgericht weder hinsichtlich des gemeinschaftlichen Testaments noch hinsichtlich des Pflichtteilsverzichts einen Sittenverstoß angenommen. Die Überleitung nach § 93 SGB XII ging daher ins Leere, weshalb der Kläger nicht Inhaber der geltend gemachten Wertermittlungs- und Pflichtteilsansprüche geworden ist.

1. Nach der gefestigten Senatsrechtsprechung zum so genannten Behindertentestament sind Verfügungen von Todes wegen, in denen Eltern eines behinderten Kindes die Nachlassverteilung durch eine kombinierte Anordnung von Vor- und Nacherbschaft sowie einer - mit konkreten Verwaltungsanweisungen versehenen - Dauertestamentsvollstreckung so gestalten, dass das Kind zwar Vorteile aus dem Nachlassvermögen erhält, der Sozialhilfeträger auf dieses jedoch nicht zugreifen kann, grundsätzlich nicht sittenwidrig, sondern vielmehr Ausdruck der sittlich anzuerkennenden Sorge für das Wohl des Kindes über den Tod der Eltern hinaus (BGHZ 123, 368; 111, 36; Senatsurteile vom 8. Dezember 2004 - IV ZR 223/03, NJW-RR 2005, 369; vom 19. Oktober 2005 - IV ZR 235/03, NJW-RR 2006, 223). Um ein solches Testament handelt es sich auch im Streitfall. Da die lernbehinderte Tochter des Beklagten Eingliederungshilfe nach den §§ 53 ff. SGB XII bezieht, die das Vorliegen einer Behinderung voraussetzen, ist es unerheblich, dass sie gleichwohl geschäftsfähig war und nicht unter gerichtlicher Betreuung stand.

2. Auch der von der Leistungsbezieherin erklärte Pflichtteilsverzicht verstößt weder für sich genommen noch in einer Gesamtschau mit dem elterlichen Testament gegen die guten Sitten und ist daher wirksam.

- Pflegeversicherung im SGB XI

19.11.2018

SGB XI § 36 [Pflegesachleistung]

häusliche Pflege

SGB XI § 37 [Pflegegeld für selbst beschaffte Pflegehilfen]

↳ Pflegegeld als „Belohnung“

↳ Alternative zur Heilpflege $\hat{=}$ häusliche Pflege (auch Geldsache)

- Pflege wird angerechnet

↳ Erbe

200.000 €	
- 50.000 €	(Pflegeleistung)
150.000 €	(Erbe)

↓ $\frac{1}{2}$ je Kind

75.000 € bekommt jedes Kind

+ 50.000 € für Tochter, ~~ne~~ (Pflegeleistung)

125.000 € die Tochter

75.000 € der Sohn

- Testament = Zeugnis in Bezug auf sein Vermögen

- wenn jemand Testament verschwinden lässt \rightarrow strafbar?

↳ Testament $\hat{=}$ Urkunde

↳ wenn Urkunde vernichtet \Rightarrow strafbar (wie auch Fälschung)

\Rightarrow Urkundenfälschung (StGB § 267) ist strafbar

\Rightarrow StGB § 274 [Urkundenuntdrückung]

\Rightarrow ist strafbar!

- Testament machen:

(1) selbst machen \rightarrow es ist MEINS! handschriftlich, Unterschrift, Datum \rightarrow immer wieder erneuern X

(2) beim Notar XX

X wenn 2 Testamente, nur eins hat ein Datum \rightarrow was tun?

(a) wenn kein großer Unterschied / sie übereinstimmen dann ok.

(b) wenn komplett andere Inhalte: Nachforschungen (subj. Wille wird ermittelt $\hat{=}$ Was meint Erblasser, wenn er/sie Mutter schreibt?)

Vorteil Handschrift: keine Kosten, man kann es schnell ändern, formlos

Nachteil Handschrift: Widerspruch bei Wortwahl, man findet es nicht,
es - kann vernichtet werden

XX **Nachteil** notarielles Testament: Kosten, immer der Gang zum Notar

Vorteil notarielles Testament: Bewkundungsgesetz §19 (→ Beratungs-
pflicht des Notars), Bewkundungsgesetz §28 Notar muss schauen, ob
Person überhaupt testierfähig (vollbesitz seiner eigenen geistigen
kräfte) → wird beurkundet (Angehörige können das nur sehr
schwer dagegen ankommen) DENU: Notar = Zeuge
man kann Testament nicht einfach verschwinden lassen

- Anfechtungsgründe des Testaments

↳ Wortunklarheit

↳ übersehene Verwandte

↳ unzufriedene Verwandte

↳ nicht mehr im Vollbesitz seiner geistigen Fähigkeiten (Folge: Testament
wird ungültig)

⇒ oft Anfechtungsgrund für unzufriedene Erben, ABER dann muss
das auch nachgewiesen werden (von dem, der es gesagt hat!)

- Wenn handschriftliches Testament mit „Euer Papa“ unterschrieben → geht od. geht nicht?

↳ ZULÄSSIG! weil eindeutig feststellbar, dass der, der geschrieben hat,
wirklich der Erblasser ist!

- SGB XII § 53 [Leistungsberechtigte und Aufgaben] (und folgende)

↳ Sozialamt zahlt über Eingliederungshilfe

- SGB XII § 93 [Übergang von Ansprüchen]

↳ Landratsamt kann ggf. das Erbe auf sich übernehmen (aber nur, wenn Kind
mit Behinderung in einer Einrichtung ist, das vom LRA finanziert wird!)

⇒ Fall: auf Erbe verzichtet (so dass Erbe nicht auf LRA über geht)

↳ BGB § 2346 [Wirkung des Erbverzichts, Beschränkungsmöglichkeit]
+ Nachlasspfleger einsetzen

↳ Erblasser und Kind müssen unterschreiben und dann aber ein Taschengeld
von Nachlasspfleger ausgezahlt!

⇒ Ziel: LRA als Eingliederungsbehörde kein Erbe übernehmen kann!

nichtig
≡ unwirksam

sittenwidrig
≡

- BGB § 138 [Sittenwidriges Rechtsgeschäft: Wucher]

↳ Verzicht des Erben mit Absicht dem Sozialträger kein Erbe abtreten zu müssen → wirklich sittenwidrig?

⇒ es geht um das Wohl des Kindes (≡ Motiv der Eltern)

⇒ das „Behindertentestament“ ist nicht sittenwidrig **X**

- SGB XII § 93 [Übergang von Ansprüchen]

↳ „kann der Träger der Sozialhilfe durch schriftliche Anzeige...“

KANN ≡ Ermessensentscheidung

wenn Verwaltungsaufwand ist größer als Betrag ⇒ Nein!

wenn Betrag hoch, dann wahrscheinlich schon!

X gute Sitten ≡ unbestimmter Rechtsbegriff!

Frage:

03.12.2018

- verheiratet mit Kinder → Kinder auf Null setzen

Geht NICHT: wegen Pflichtteil (1/2 v. gesetzl. Erbbetrag)

↳ kann man Pflichtteil wegnehmen?

JA, aber nur mit schwerwiegenden ~~Prob~~ Gründen (Bsp. wenn Kind Vater umbringen will)

- befindet sich in Einrichtung → wird da betreut, ABER noch testierfähig

↳ Freundin war immer da, er will ihr alles geben, UND Familie nichts

≡ Mätressen - / Geliebten Testament

BGB § 138 [Sittenwidriges Rechtsgeschäft: Wucher]

↳ verstößt es gegen die guten Sitten, wenn Familie (Kinder, Frau,...) außen vor gelassen werden?

NEIN, wenn er schreibt: schon lange, immer für mich da, ...

(er geht aber nicht, wenn er diese Freundin erst gestern kennengelernt hat)

↳ Mätressen - Testament: sittenwidrig, Anstandsgefühl aller

bilzig und recht Denkenden → verstößt: „Hingabe für Hingabe“
testamentarisch → dann sittenwidrig? → sexuell

- ↳ wenn Hingabe sexueller Natur $\hat{=}$ Motiv von Erblasser
 {schreibt aber, dass er sie über alles liebt \Rightarrow beweisen müssen das seine Familienmitglieder!}
- \Rightarrow es gibt eine Testierfreiheit (wie Vertragsfreiheit)
- ↳ Motiv: Hass, ... \rightarrow macht nichts aus wegen Testierfreiheit
 (um sittenwidrig zu sein, muss es nur Schädigung haben!)
- \Rightarrow immer derjenige beweisen, der Anspruch erhebt

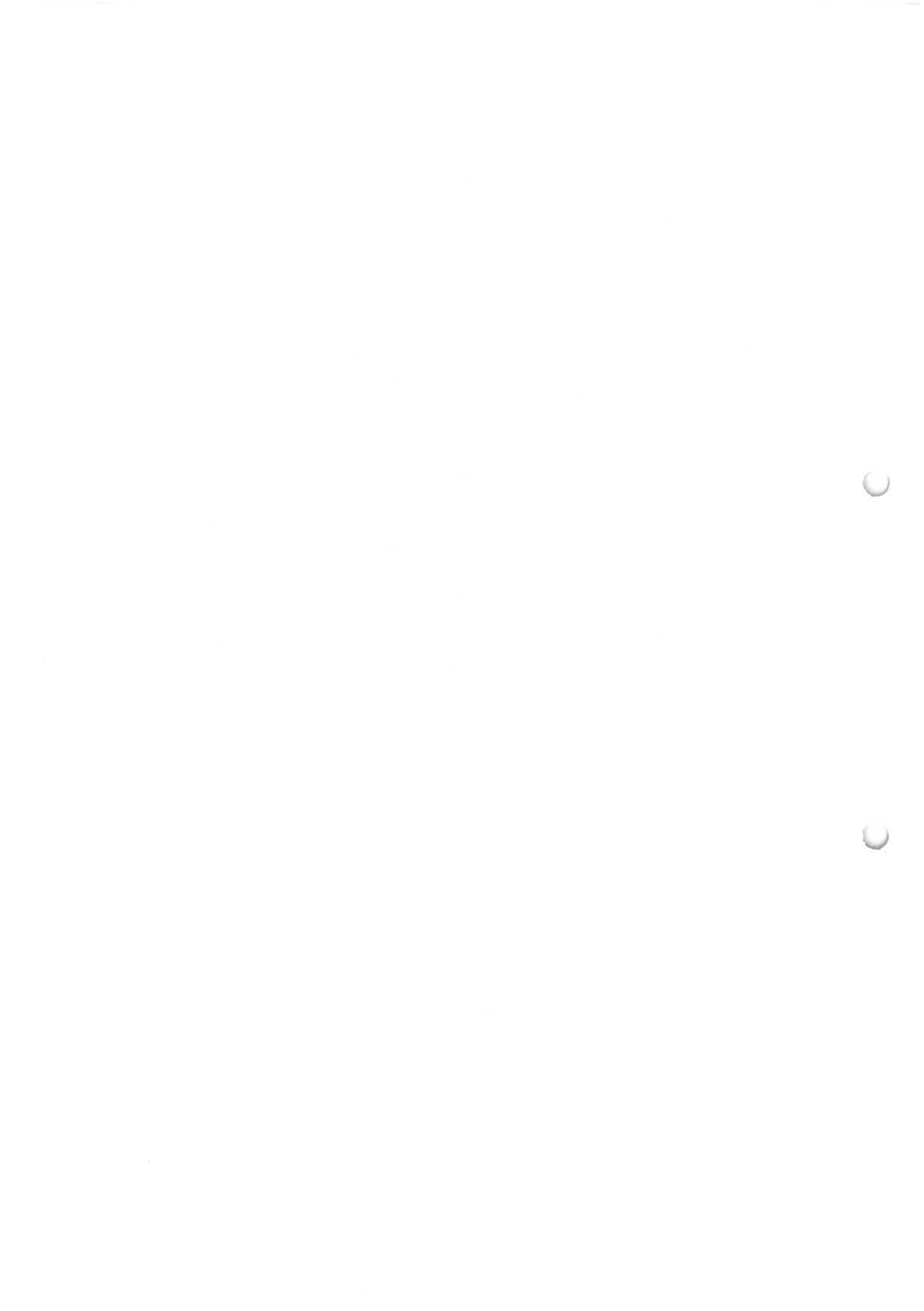
Ehegattentestament $\hat{=}$ gemeinschaftliches Testament

- schriftlich: einer schreibt, beide unterschreiben
 ↳ wenn einer stirbt, kann der andere nichts mehr ändern!
- „Berliner Testament“ (Sonderform vom Ehegatten)
 ↳ überlebende Ehegatte: $\frac{3}{4}$ des Erbes
 ↳ Kinder zsm. nur $\frac{1}{4}$ des Erbes
 \Rightarrow Misstrauen ist vorhanden (Bsp. Haus: wenn Erblasser stirbt, bekommt Frau $\frac{1}{2}$ Haus und Kinder zsm. $\frac{1}{2}$ Haus; Kinder wollen ihren Teil ausgezahlt haben \rightarrow Frau muss Haus verkaufen um auszahlen zu können \Rightarrow deshalb Berliner Testament!)
- wenn Ehegattentestament:
 Frau stirbt, Mann kennt neue Frau kennen, will Kinder nur Pflichtteil zulassen \rightarrow geht nicht wegen Ehegattentestament!
- der Überlebende kann zu Lebzeiten das Vermögen ausgeben!
 Mögliche präventive Maßnahme: Schenkungen usw.
 ↳ wenn überlebende Ehegatte Geld raus wirft, um Kinder zu schädigen bedeutet sittenwidrigkeit!
 ↳ wenn überlebender Ehegatte mit Motiv böse das Geld raus wirft, die Kinder müssen zusehen wie Geld weniger wird \Rightarrow Beweislast
 ↳ überlebender Ehegatte macht Schenkung an seine neue Freundin mit Hintergrund Schädigung an Kinder \rightarrow BGB § 812 [Herausgabeanspruch]
 > Leistung $\hat{=}$ Schenkung \rightarrow wenn Schenkung bewiesen von Kinder, dass Schädigung \Rightarrow nichtig!
 ↳ Geld wieder auszahlen

BGH, Beschl. v. 31. März 1970 - III ZB 23/68, BGHZ 53, 369 Leitsätze: 1. Auch im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist eine weitere Beschwerde gegen den Beschluß, durch den das Armenrecht verweigert oder entzogen wird, ausgeschlossen. 2. Zur Frage der Sittenwidrigkeit eines »Geliebten-Testaments«. **Wesentliche Aussagen:** Eine letztwillige Verfügung ist nicht schon deshalb sittenwidrig, weil sie die Angehörigen des Erblassers von der gesetzlichen Erbfolge ausschließt. In seiner Testierfreiheit wird der Erblasser auch durch das der gesetzlichen Erbfolge zugrunde liegende sittliche Prinzip regelmäßig nicht beschränkt. Es ist auch grundsätzlich ohne Bedeutung, welche Beweggründe den Erblasser veranlasst haben, von der gesetzlichen Erbfolge abzuweichen. Sein letzter Wille ist auch dort zu respektieren, wo er in seiner Motivierung keine besondere Achtung verdient. Wendet der Erblasser seiner Geliebten sein Vermögen zu, so ist iR von §138 I BGB zu beachten, dass es nicht um die Sanktion für unsittliches Verhalten, sondern allein darum geht, ob das Rechtsgeschäft, also die Zuwendung an sich, sittenwidrig ist. Nicht die Beziehung als solche, sondern die Art und Weise der Zuwendung auf ihre Vereinbarkeit mit den guten Sitten zu prüfen. Danach ergibt sich: Wenn ein Erblasser seiner Geliebten durch die letztwillige Verfügung für die geschlechtliche Hingabe entlohnend oder zur Fortsetzung der sexuellen Beziehungen bestimmen will, dann ist idR die letztwillige Verfügung sittenwidrig. Bildet die Zuwendung aber nicht allein die Belohnung für geschlechtlichen Umgang, dann kann auch nicht allein mit der Tatsache, dass die Bedachte zu dem Erblasser in sexuellen Beziehungen gestanden hat, die Sittenwidrigkeit des Zuwendungsgeschäfts begründet werden. Es kommt vielmehr auf den Inhalt und die Wirkungen der Zuwendung an. Deshalb ist neben der Frage, welche Beziehungen den Erblasser mit der Bedachten verbunden haben (und auch, aus welchem Grunde und in welcher Weise sie bedacht worden ist) auch zu berücksichtigen, wer zurückgesetzt worden ist, in welchen Beziehungen der Erblasser zu den Zurückgesetzten stand und wie sich die Verfügung für diese Zurückgesetzten auswirkt. Dabei wird in der Regel die Zurücksetzung um so schwerer wiegen, je enger das familienrechtliche Verhältnis war, in dem die Zurückgesetzten zu dem Erblasser standen und wie die zurückgestellten Personen wirtschaftlich gestellt sind.

Bsp. positiv!

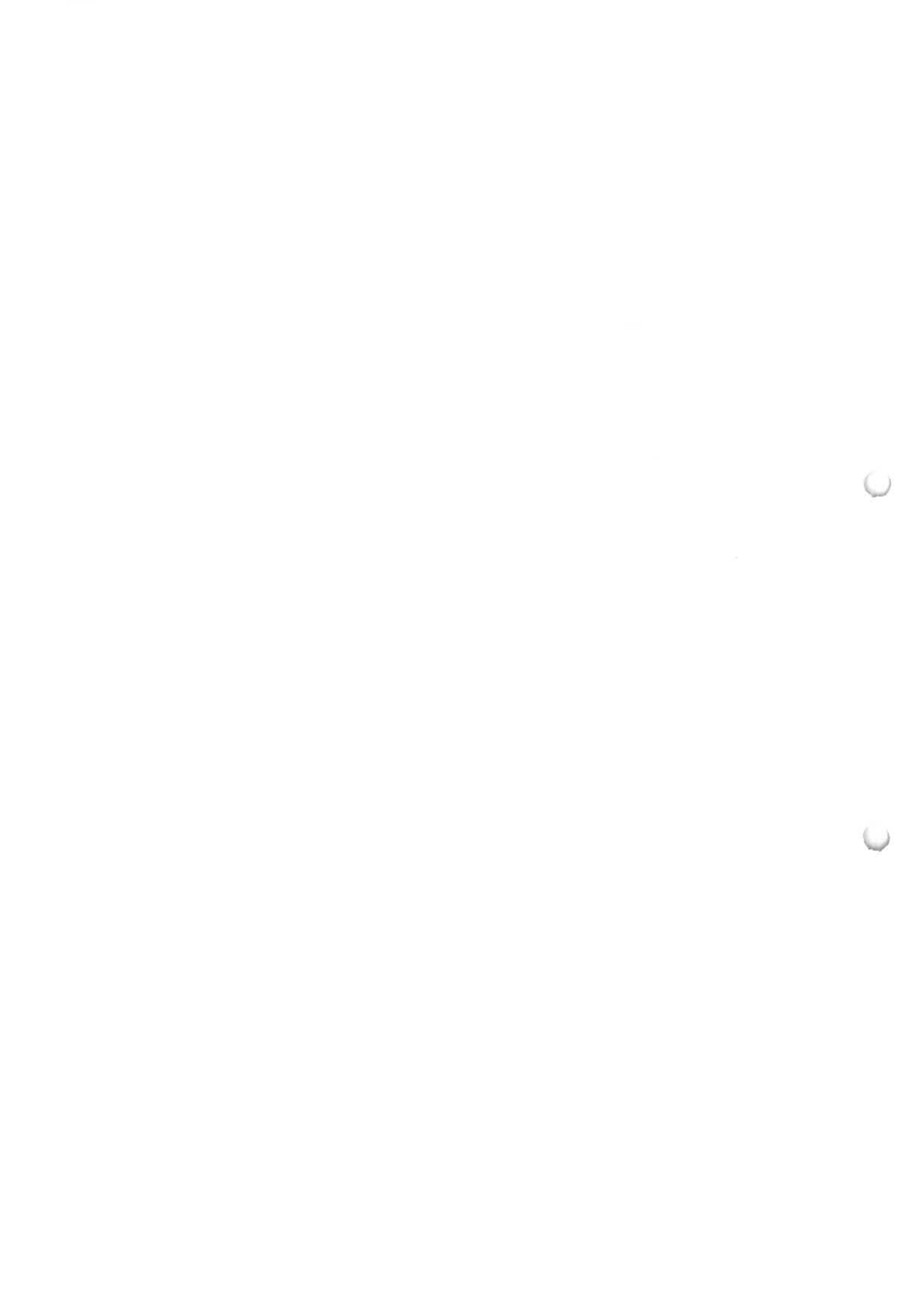
Sachverhalt: Der im Jahre 1965 im Alter von 59 Jahren verstorbene Erblasser, der in kinderloser Ehe verheiratet war, hatte von etwa 1942 bis zu seinem Tode mit der ebenfalls verheirateten, seit 1964 geschiedenen Frau M. wie Mann und Frau zusammen- gelebt. Frau M. nimmt auf Grund eines privatschriftlichen Testaments vom 8. Februar 1948 an dem Nachlass des Erblassers eine Erbberechtigung in Anspruch. Das Testament hat folgenden Wortlaut: Mein letzter Wille! Hiermit bestimme ich dass Frau M. meine alleinige Erbin sein soll. Meine Ehefrau, von der ich seit 7 Jahren getrennt lebe, und die ich bei unserer Trennung... entschädigt habe, soll von jeder Erbschaft ausgeschlossen sein. Durch obenstehende Verfügung trage ich an Frau M., die mir in schweren Stunden eine Stütze war, eine Dankesschuld ab.



Fall 1:

E bestimmt in seinem wirksam errichteten privatschriftlichen Testament, dass „Mutter“ Alleinerbin sein soll, und dass die beiden minderjährigen Kinder lediglich den Pflichtteil erhalten sollen. Nach dem Tode des E verlangt die Mutter M des E den Nachlass von der Witwe W des E heraus. Diese verweigert die Herausgabe mit der Begründung, dass in Wirklichkeit sie die Erbin sei, denn mit der Bezeichnung „Mutter“ habe der E sie gemeint, weil er sie immer so genannt habe, während er seine Mutter als „Oma“ bezeichnet habe.

Steht der M gegen die W ein Anspruch auf Herausgabe des Nachlasses zu?



Fall 24: Die Chinavase

Der E hat seinen Sohn S zum Alleinerben eingesetzt. E hat im Testament weiterhin angeordnet, dass eine konkret bestimmte, wertvolle Chinavase mit dem Tode seinem Freund F, der ein leidenschaftlicher Sammler antiker Vasen ist, zugehen soll. Nach dem Tode des E verlangt F die Vase von S heraus. Rechtslage, wenn E zu Lebzeiten die Vase an K veräußert hat?

↳ überlebender Ehegatte: Urlaub mit Freundin \Rightarrow ist z.B. sittenwidrig (Annahme)

\rightarrow BGB § 818 Abs. 2 [Umfang des Bereicherungsanspruchs]

ABER: kann grundsätzlich nicht bewiesen werden

Fall 1: im Testament „Mutter“

03.12.2018

Vertrag \hookrightarrow wie ist der Begriff objektiv zu sehen? (bei Testament nicht so!)

Testament \hookrightarrow Erforschung des Begriffs „Mutter“ (wie ist es damit umgegangen)
anhand Freunden, Kinder, evtl. Nachbarn

\Rightarrow Vertrag - Testament $\hat{=}$ beides Willenserklärung

(wenn obj. Betrachtung im Fall 1, dann Oma / Mutter von Erblasser
 $\hat{=}$ Erbin

wenn Forschung: Mutter $\hat{=}$ Ehefrau)

Fall 24: Die Chinavase

03.12.2018

- Annahme: Erblasser hat vor 10 Jahren Testament geschrieben,
ABER hat sie verkauft

\hookrightarrow Vase $\hat{=}$ Vermächtnis

BGB § 2147 [Beschwerver]

\hookrightarrow Erbe ist zur Herausgabe des Vermächtnis verpflichtet

\Rightarrow Herausgabebanspruch gegenüber Erbe

- Annahme: Chinavase kaputt $\hat{=}$ „Untergegangen“ / „verloren gegangen“

\hookrightarrow handelt es sich beim Vermächtnisverlust um ein Einzelstück (Stückschuld) od. gibt es da mehrere (Gattungsschuld)

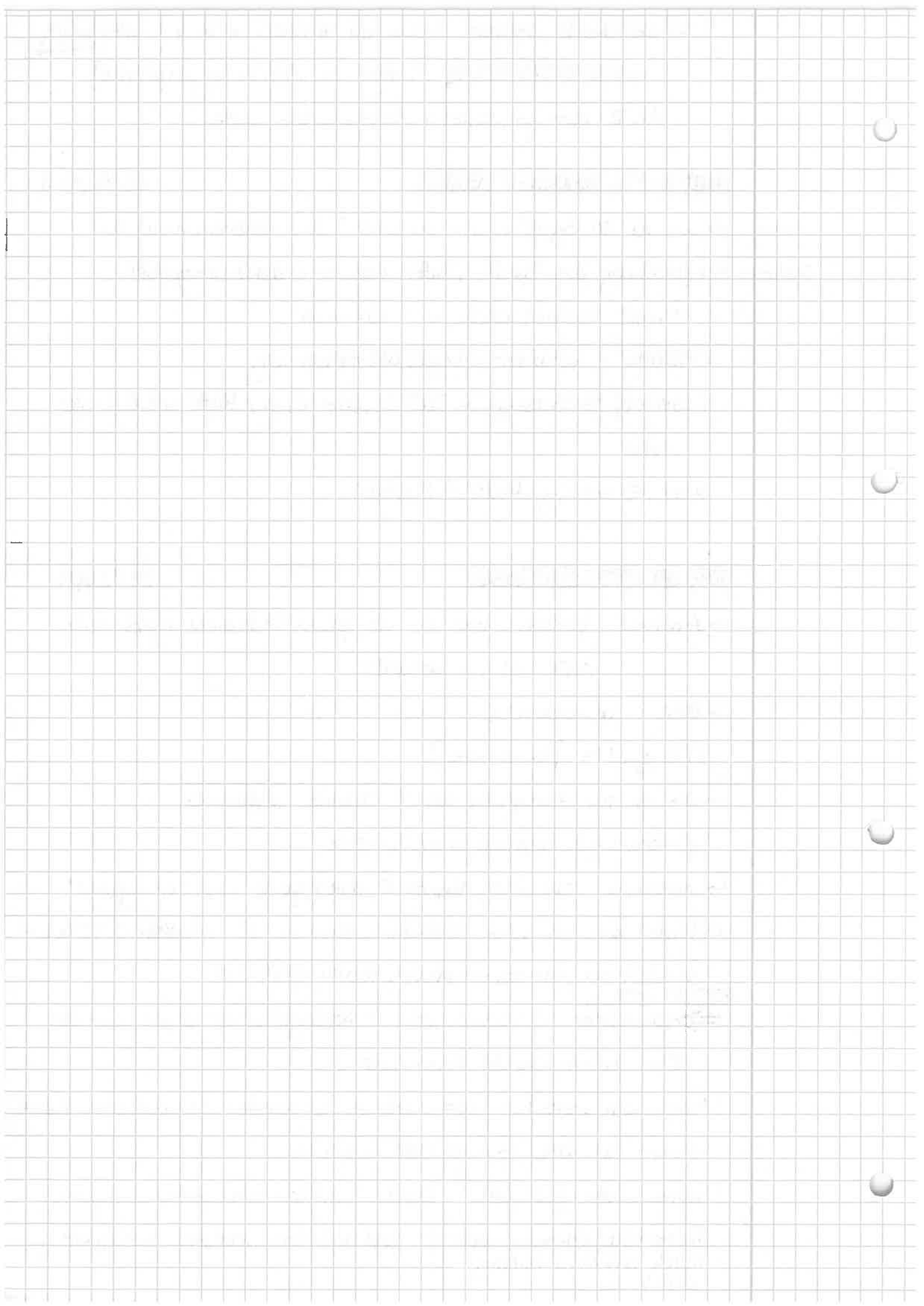
sowohl für kaputte Vase als auch für verkaufte

\Rightarrow Chinavase $\hat{=}$ Stückschuld \Rightarrow Herausgabepflicht verfällt, weil der Erbe keinen Ersatz finden kann

- Möglichkeit besteht im Testament zur Sicherheit: Im Fall eines kaputt gehens der Vase \rightarrow wird Geld vermacht

- wenn Gattungsschuld \rightarrow Ersatz (weil kein Einzelstück / einzigartig)

- Testament jederzeit widerruf- und änderbar (neuestes Testament zählt)



Beispiel: Schenkung auf den Todesfall

Anna besucht ihre Patentante Frau Huber im Krankenhaus. In Gegenwart einer Krankenschwester erklärt Frau Huber: "In dem Tresor meiner Wohnung befindet sich ein Sparbuch der Sparkasse mit einem Guthaben von E50000. Das Geld schenke ich dir. Ich gebe dir hier den Tresorschlüssel, damit du das Sparbuch an dich nehmen kannst. Aber erst nach meinem Tode darfst du das Guthaben abheben." Anna nimmt das Geschenk ihrer Tante dankend an.

↳ ist möglich!

